



Bern, 18. August 2014

Es gilt das gesprochene Wort!

**Jahresmedienkonferenz des Schweizerischen Städteverbandes
18. August 2014, Politforum Käfigturm, Bern**

Alexander Tschäppät, Stadtpräsident Bern, Nationalrat

Sehr geehrte Medienschaffende, sehr geehrte Damen und Herren

Vom Älter werden sind wir alle betroffen – als älterer Mensch selber oder schon früher als Angehörige. Man würde deshalb meinen, dass Alterspolitik ein Thema ist, das hoch auf der politischen Agenda angesiedelt ist. Aber Fehlanzeige! Obwohl derzeit wieder einmal die Altersvorsorge reformiert werden soll, habe ich nicht den Eindruck, dass die Alterspolitik zu den Top-Ten-Themen der nationalen Politik gehört. Auf der lokalen Ebene sieht dies anders aus. Wie die Studie des Städteverbandes anschaulich aufzeigt, sind Städte und Gemeinden in unterschiedlichsten Bereichen der Alterspolitik aktiv.

Besonders aktiv ist die Stadt Bern. Vor wenigen Wochen wurde das Engagement der Bundesstadt dadurch ausgezeichnet, dass die Stadt Bern als zweite Schweizer Stadt nach Genf und als erste Stadt diesseits der Saane ins „WHO Global Network of Age-friendly Cities and Communities“ aufgenommen wurde. Und auf Initiative der Stadt Bern ist ein Schweizer Netzwerk altersfreundlicher Städte entstanden. Das Netzwerk fördert den Erfahrungs- und Wissensaustausch unter den Städten, unternimmt gemeinsame Aktivitäten zur Sensibilisierung zu relevanten Themen des Alters und stärkt die Alterspolitik der beteiligten Städte.

Alterspolitik ist jedoch mitnichten eine rein kommunale Aufgabe. Wie in anderen Bereichen auch, betreffen die Herausforderungen der demografischen Entwicklung den Bund und die Kantone ebenso wie Städte und Gemeinden. Aus meiner Sicht – und dies bestätigte sich auch in den Rückmeldungen der Städte und Gemeinden, die an der Erhebung des Städteverbandes mitgemacht haben – besteht beim Bund vor allem in folgenden drei Bereichen Handlungsbedarf:

1. **Die Städte erwarten vom Bund eine gesicherte Altersvorsorge:** Mit der AHV und der beruflichen Vorsorge befinden sich zwei zentrale Bereiche der Altersvorsorge in der Verantwortung des Bundes. Die Städte erwarten vom Bund, dass er seine Verantwortung für das System der Altersvorsorge wahrnimmt und dieses langfristig sichert. Die Vorschläge, die der Bundesrat im Rahmen der Vorlage Altersvorsorge 2020 gemacht hat, gehen aus unserer Sicht in die richtige Richtung. Eine Gesamtschau mit einem umfassenden Reformansatz ist zielführender als die bisherigen Bricolage-Reformen. Allerdings fehlt der Bereich der Ergänzungsleistungen, der in den vergangenen Jahren u.a. auch wegen der Neuordnung der Pflegefinanzierung erhebliche Kostensteigerungen erlebt hat. Inzwischen hat der Bundesrat einen Richtungsentscheid getroffen für eine umfassende EL-Reform.
2. **Engagement des Bundes beim Wohnungsbau für ältere Menschen:** Die Untersuchung des Städteverbandes zeigt es sehr schön: In praktisch allen städtischen Altersstrategien wird das Wohnen thematisiert. Dies ist nicht erstaunlich. Wohnen ist an sich schon ein städtisches Thema



par excellence und mit der demografischen Entwicklung nimmt der Bedarf an hindernisfreien Wohnungen enorm zu. Darüberhinaus ist ein genügendes Angebot an Alterswohnungen auch aus sozialen wie finanziellen Gründen zentral. Je länger ältere Menschen selbstständig sind und ambulant betreut werden können, desto tiefer sind die Kosten für die öffentliche Hand. Des Bund sollte sich deshalb Gedanken machen, wie er Städte und Gemeinden bei der Planung und dem Bau von hindernisfreien Wohnungen unterstützen kann.

3. **Einsetzen einer Eidgenössischen Kommission für Generationen- und Altersfragen:** Beim Bund gibt es zahlreiche ausserparlamentarische Kommissionen für höchst unterschiedliche Themen. Es gibt eine Kommission für Kinder- und Jugendfragen, eine für Familienfragen, für Impffragen, für sexuelle Gesundheit oder auch für Stalleinrichtungen. Eine Eidgenössische Kommission für Altersfragen sucht man vergeblich – meines Erachtens ein klares Manko. Ich bin überzeugt, wir brauchen ein Gremium, das die Alters- und Generationenpolitik von Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden koordiniert. Wir brauchen einen Ort, an dem das Wissen und das Knowhow der verschiedenen Staatsebenen zusammenkommen und an dem zukunftsgerichtete Strategien für den Umgang mit einer alternden Gesellschaft entwickelt werden können. Selbstredend müssen die Städte, die in der Alters- und Generationenpolitik über vielfältige Erfahrungen verfügen, in dieser Eidgenössischen Kommission für Altersfragen angemessen vertreten sein.